



INTERVIEW

Ex-Banker Konrad Hummler: «Liberale Kräfte haben es derzeit enorm schwer»

von Andreas Schaffner — Nordwestschweiz • Zuletzt aktualisiert am 6.3.2017 um 10:22 Uhr



Konrad Hummler in den Räumlichkeiten seiner neuen Firma. Der ehemalige Banker ist nun Berater, Publizist und Kulturunternehmer. Mario Heller

© Mario Heller

Der ehemalige Bankier und «NZZ»-Präsident über echte und unechte Eliten, die verfrühte Verurteilung Donald Trumps durch

Artikel zum Thema

INTERVIEW

■ **Martina Hingis: «Heute sehe ich einiges mit ganz anderen Augen»** 10.7.2017



GROSSES INTERVIEW

Schweizer Küchenkönig Pieper: «Wir mussten Schweizer Zulieferer durch ausländische ersetzen» 8.7.2017



[MEHR ARTIKEL](#)

Wir treffen Konrad Hummler in den Räumlichkeiten seiner Firma M1 an der Museumsstrasse in St. Gallen. Das alte Herrschaftshaus war verfallen, bevor Hummlers damalige Bank, Wegelin & Co. Privatbankiers, diese 2006 aufgekauft und aufwendig renoviert hatte. Gedacht war das Haus als Rückzugsort für die Teilhaber der ältesten Bank der Schweiz. Es kam anders, nachdem die Teilhaber nach dem Steuerstreit mit den USA den grössten Teil der Bank Wegelin, das Nicht-US-Kunden-Geschäft, an die Raiffeisengruppe verkaufen mussten. Das Haus an der Museumsstrasse steht für Hummlers Neustart als Strategieberater, Publizist und Gründer der Johann-Sebastian-Bach-Stiftung St. Gallen, die er 2002 ins Leben rief.

Konrad Hummler, vermissen Sie eigentlich das Bankgeschäft?

Konrad Hummler: Nein, ich werde das oft gefragt. Es war eine gute Zeit, die ist nun vorbei. Wehleidigkeit ist fehl am Platz. Man kann nicht immer predigen, die Unternehmen sollten Risiken eingehen, und selber darüber klagen, wenn das Risiko eingetroffen ist. Ich habe Fehler gemacht, dazu stehe ich.

Fehler, in welcher Richtung?

Die Einschätzung der Situation in den USA, aber auch jene in unserem eigenen Land.

Sie galten nach dem Vergleich in den USA in der Bankenwelt als «Persona non grata». Wie haben Sie die Zeit erlebt?

Es war sicher nicht einfach. Ich habe feststellen können, wer wirklich zu meinen Freunden zähl, und wer es zuvor nur vorgab, zu sein.

Diese Liste würde uns sehr interessieren.

Ja, das glaube ich. Sie können davon ausgehen, dass ich die sehr genau im Kopf habe.

Mit der Publikation Bergsicht können Sie immer noch ihren Ansichten



freien Lauf lassen wie einst im legendären Wegelin-Anlagekommentar, der Kultstatus hatte. Bei «Bergsicht» sind ihre Abonnenten bereit, einiges zu bezahlen.

Ja, die «Bergsicht» erlaubt es mir, über strategische Zeitfragen in wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Dimension nachzudenken und dabei stets eine nüchterne und unabhängige Position einzunehmen. Somit kann ich aktiv zum öffentlichen Diskurs beitragen. Daneben bin ich als Präsident der Johann-Sebastian-Bach-Stiftung und mit den anderen Mandaten mehr als ausgelastet. Die Stiftung ist ein kleines KMU, in der jährlich über 300 Lohnausweise ausgestellt werden.

Verfolgen Sie immer noch das Ziel, jeden Monat eine Bach-Kantate aufzunehmen?

Selbstverständlich. Wir wollen alle rund 200 erhaltenen Kantaten aufnehmen. Das ist also ein längerfristiges Projekt, das uns noch bis 2030 begleitet.

Chor und Orchester der Bachstiftung spielen in der protestantischen Kirche in Trogen (AR) die Kantate BWV 191 Gloria in excelsis Deo.

© Youtube/Bachstiftung

Ist Bach nicht ein rückwärtsgerichtetes Projekt?

Nein. Der Erfolg von knapp 300'000 Facebook-Anhängern und Millionen Youtube-Klicks für Videos der Bachstiftung beweisen das Gegenteil und zeigen auf, dass damit ein Nerv der Zeit getroffen wird.

Die ganze Welt diskutiert derzeit das Phänomen Donald Trump. Sie müssten eigentlich frohlocken. Nach den Erfahrungen in den USA haben Sie den Glauben an die USA schon länger verloren. Wie sieht es wirklich aus?

Da schätzen Sie mich ganz falsch ein. Ich bin der Überzeugung, dass das politische System in den USA stärker ist, als viele meinen. Ich habe hohen Respekt davor. Auch davor, dass die Gewaltenteilung, die Checks-and-Balances, hervorragend funktionieren. Ich bin begeistert, wenn ein Bundesrichter einem Präsidenten die Grenzen aufzeigen kann.

Halten Sie den US-Präsidenten mit seinen Angriffen auf die Bundesrichter und Medien nicht für gefährlich?

Gefährlich würde es nur, wenn er die Institutionen in ihren Grundfesten verändern könnte.

Wie das der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan derzeit versucht.

So etwas könnte in den USA dank den Gründervätern nicht passieren.

Und was erwarten Sie von Trumps Politik?

Wir müssen abwarten, was tatsächlich herauskommt. Die vorschnellen Verurteilungen Trumps durch die Linksintellektuellen halte ich für falsch und verfrüht.

Nach der Wahl Trumps sprach man von einem Aufstand gegen die Eliten. Sehen Sie das auch so?

Man muss aufpassen bei diesem Wort. Es gibt meiner Meinung nach echte Eliten und solche, die aufgrund ihres Amtes in eine solche Position hineingewachsen sind. Zu den echten Eliten zähle ich die Wissenschaftler, die Kulturschaffenden, die Denker. Hier sehe ich kein Problem. Den offenen Dialog mit diesen Menschen schätze ich ausserordentlich.

Die andere Elite ist für Sie aber ein Problem?

Ja, hier hat sicher eine Entfremdung von den echten Bedürfnissen der Bevölkerung stattgefunden. Diese Kaste hat sich in Machtpositionen eingenistet und Privilegien erheischt, die sich jenseits der Redlichkeit befinden. Das gilt nicht nur für die USA, sondern auch in Grossbritannien, aber auch in der Schweiz. Wobei wir hier, wie wir gesehen haben, etwa mit der direkten Demokratie, Mechanismen eingebaut haben, die solchen Entwicklungen einen Riegel vorschieben.

In der Schweiz ebbent die Diskussionen um die Unternehmenssteuerreform III nicht ab. Hier wurde ja der Elite in der Volksabstimmung kräftig der Kopf gewaschen.

Aus ökonomischer Sicht sind die Unternehmenssteuern «schlechte Steuern». Die Unternehmen zahlen ja nicht selber, sondern die Aktionäre, die Konsumenten und die Allgemeinheit, falls die Wettbewerbsfähigkeit tangiert wird. Unternehmenssteuern gehören langfristig reduziert, abgeschafft. So die liberale Position.

Das tönt schon sehr extrem.

Das Steuersubjekt ist am Ende immer das Individuum. Besser direkt besteuern, über die Vermögens- und Einkommenssteuern oder die Mehrwertsteuer als diffus über die Unternehmenssteuer.

Was nicht gerade sozial ist und den Sozialstaat kaum finanzieren könnte: Im Moment kommt der grösste Teil der Steuern in der Schweiz von Unternehmen.

Jeder echte Liberale wäre für eine Diskussion über Erbschaftssteuern und Kapitalgewinnsteuern offen.

Der internationale Steuerwettbewerb zwingt die Staaten zu immer grösseren Zugeständnissen.

Das sehe ich völlig anders. Unser Problem ist nicht der internationale Steuerwettbewerb. Es ist das in der OECD organisierte Kartell der Hochsteuerländer. Der Wettbewerb wird nach dem Brexit in Grossbritannien wieder stärker werden. Auch die USA werden unter republikanischer Regierung Steuersenkungen durchsetzen.

Gerät die Schweiz nach dem Volks-Nein noch mehr unter Druck?

Um den OECD-Vorgaben zu genügen, würde es reichen, den Artikel 28 im Steuerharmonisierungsgesetz des Bundes zu streichen und die Kantone mit entsprechenden Freiheiten auszustatten. Dies hat jüngst der Luzerner Professor Christoph Schaltegger gefordert. Ich verstehe nicht, wieso dies erst jetzt diskutiert wird und nicht vor der Abstimmung.

Die Unternehmenssteuerreform scheiterte aber auch, weil es eine komplizierte Vorlage war. Auch die Kantone haben nicht überall klargemacht, wie sie sich positionieren.

Das liegt in der diffusen Natur der Unternehmenssteuer. Man kann nie wissen, wie es herauskommt. Doch was ich gut finde an der jetzigen Situation, ist, dass man wieder über neue Lösungen diskutieren kann. Wichtig ist, dass wir den Steuerföderalismus und die finanzielle Gemeindeautonomie nicht verlieren.

Wieso?

Die Schweiz wird immer zentralistischer von Bern aus gesteuert. Dabei wäre genau das Gegenteil unsere Stärke. Wo sonst auf der Welt stimmt eine Bevölkerung einer Steuererhöhung zu. Das war in der Schweiz der Fall, weil man einen anderen Bezug zum Staat hat.

Das Elite-Volk Thema bleibt aktuell. Auch in der Frage der Auseinandersetzung mit Europa: Bei der Umsetzung der Zuwanderungsinitiative.

«Umsetzung» hin oder her: Die Zuwanderungsfrage wird aktuell bleiben, mehr und mehr übrigens auch in der EU. Was mir mehr Sorgen macht: der neuerliche potenzielle Kniefall der Schweiz in Sachen institutionellem Rahmenabkommen.

Das hat zurzeit politisch keine Chancen.

Dann sollte das der Bundesrat auch endlich realisieren. Statt den «Acquis Communautaire» einfach kalt zu übernehmen sollten wir den «Acquis Helvétique» entgegensetzen.

Wie meinen Sie das?

Wir sollten stolz auf das sein, was wir in jahrhundertlangem Ringen entwickelt haben. Das hat sich bewährt. Die EU-Gesetze sind noch sehr jung und haben sich bisher nicht bewährt.

Die Frage der Personenfreizügigkeit wird spätestens mit der Abstimmung über die Rasa-Initiative, die den Zuwanderungs-Paragrafen wieder aus der Verfassung nehmen möchte, wieder zum Thema. Ausserdem arbeitet die SVP ja an einer Kündigungs-Initiative. Was heisst das für Sie?

Die Personenfreizügigkeit ist für einen funktionierenden Binnenmarkt innerhalb Europas nicht nötig. Hier hat die EU versucht, die USA zu kopieren, ohne auf die Eigenheiten der einzelnen Staaten Rücksicht zu nehmen. Was viele Menschen stört, ist die Zuwanderung in die Sozialwerke. Hier handelt es sich um Errungenschaften, die sozusagen zum Volksvermögen gehören. Das kann nicht einfach allen zugänglich gemacht werden. Die EU wird sich in der Frage der Personenfreizügigkeit bewegen müssen.

Hätte man es darauf ankommen lassen sollen und mit einer harten Umsetzung der Zuwanderungsinitiative die bilateralen Verträge mit der EU aufs Spiel setzen müssen?

Wieso nicht? Man muss die Spannungen aushalten können. Wie die Briten jetzt die Situation gelöst haben nach der Brexit-Abstimmung, ist beispielhaft: Man hat die EU mit ihren Maximalforderungen ins Leere laufen lassen. Und in der Abstimmung im Unterhaus haben sich nicht nur die regierenden Konservativen hinter das Brexit-Gesetz gestellt, sondern auch die oppositionelle Labour-Partei. Somit wurde der Regierung in den Verhandlungen mit der EU der Rücken gestärkt. Das würde auf dem Festland nie passieren. Stellen Sie sich das einmal in Deutschland vor, aber auch in der Schweiz.

Bleiben wir noch kurz in Europa: Hier herrscht auch die grosse Sorge, dass Marine Le Pen mit ihrem Front National die Wahlen in Frankreich gewinnt.

Das wäre eine Katastrophe. Die Mischung von sozial und nationalistisch ist bekanntlich sehr gefährlich. Nicht nur in Frankreich, aber auch in Deutschland sieht man, dass es die liberalen, freiheitlichen Kräfte derzeit enorm schwer haben.

Ihr liberales Herz blutet nicht nur seit jüngster Zeit. Auch wenn es um den Euro geht, den Sie immer als Fehlkonstruktion bezeichneten.

Die Eurokrise hat dies gezeigt: Der Euro war eine technokratische Kopfgeburt.

Jetzt halten nur noch die hohen Staatsschulden das Gebilde zusammen. Die Tiefzinspolitik der EZB ist die Konsequenz davon.

Also zurück zur D-Mark und zur griechischen Drachme?

So einfach wird das wohl kaum gehen. Nein, der Euro ist eine Art Gefängnis, aus dem nicht so leicht ausgebrochen werden kann.

Nun haben wir jedoch das Problem, dass wir in der Schweiz sehr wohl vom Euro abhängig sind, etwa wenn es um die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) geht.

Vermutlich wäre die Ausrichtung an einem globalen Währungskorb anstelle des Franken-Euro-Wechselkurses nicht falsch. Die Schweiz exportiert immerhin fast 50 Prozent in alle Welt, nicht nur nach Europa. Man muss der SNB jedoch zugutehalten, dass die Ursache der tiefen Zinsen nicht bei ihr lag, sondern in den USA und in Europa.

So schnell wird man sich von der die Tiefzinspolitik nicht lösen können. Oder?

Ich sehe eine andere Tendenz. Es gibt Gründe, weshalb die Zinsen bald höher liegen könnten.

Welche?

Zunächst ist in den USA tatsächlich Wachstum zu verspüren. Kommt ein

[ANMELDEN](#)[Menu](#)

Jetzt aktuell: [Unwetter im Aargau](#) • [Maienzug](#) • [Leserwandern 2017](#) • [Petitio](#)

Aarau  26°
17°

Über oder Airbnb denken, dann sehen Sie, was ich meine: Hier werden keine neuen Hotels gebaut oder Taxiunternehmen gegründet. Es geht eher in Richtung Tauschwirtschaft. Das Wirtschaftswachstum ist eigentlich höher, als die offiziellen Zahlen es anzeigen.

Das heisst, dass Sie für eine Zinserhöhung plädieren?

Auf jeden Fall. Es kann nicht sein, dass Geld einfach nichts kostet.

Die Schweizer Bankenwelt befindet sich mit den tiefen Zinsen in einer schwierigen Situation.

Nicht nur deshalb. Die Schweizer Banken befinden sich sozusagen in einem perfekten Sturm. Zu den tiefen Zinsen kommt die Digitalisierung hinzu, sowie die neue Regulierung.

Wohin führt das?

Es kann gut sein, dass die eine oder andere Bank verschwindet und neue Player hinzukommen. Das ist wie in anderen Branchen auch. Es gibt keinen Grund, weshalb die Bankenbranche eine Ausnahme bilden soll.

Hat man Ihrer Meinung nach übermarcht in der Regulierung, wie dies UBS-Verwaltungsratspräsident Axel Weber kürzlich gesagt hat?

Dass Banken mit mehr Kapital ausgestattet werden sollen, finde ich grundsätzlich richtig. London wird im Hinblick auf den Brexit aus Wettbewerbsgründen zur Deregulierung zurückfinden. Die Schweiz tut gut daran, London statt Brüssel oder Frankfurt als Richtschnur zu nehmen.

Verwandtes Thema:

[Konrad Hummler](#)

War dieser Artikel lesenswert?



2 KOMMENTARE

UND JETZT

Lesen Sie ausserdem

NORDKOREA

USA planen bei UNO Nordkorea-Resolution mit «schärferen Antworten»



BUNDESRAT

Die meisten Bundesräte unterstützen



IL BRUCIATO AUS BOLGHERI

Antinoris Vater aus dem

GERICHTSHOF FÜR
MENSCHENRECHTE

Schweizer Richter in Strassburg warnt vor Fremdenhass in der Schweiz

7.7.2017 um 05:00 Uhr



USA

Zu Klug Klug Treffen in der USA von